



HAMBURG KANN MEHR

Die wachsende Stadt gestalten – Chancen für alle
in einer lebenswerten Stadt.



CDU



Präambel

Hamburg ist eine wunderbare Stadt, für manche sogar die schönste Stadt der Welt. Hamburg bietet viele Chancen, eine hohe Lebensqualität und Weltoffenheit. Doch Hamburg hat auch Probleme: der tägliche Verkehrskollaps, die steigende Kriminalität und die Verwahrlosung in Teilen der Stadt, die andauernde Krise in der maritimen Wirtschaft, eine Zunahme der Firmeninsolvenzen. Und wir dürfen uns nicht zufriedengeben mit den Zuständen in den Schulen und bei der Kinderbetreuung.

Hamburg kann mehr: Wir wollen in den kommenden fünf Jahren die Weichen so stellen, dass der Wohlstand dauerhaft gesichert wird und alle Hamburgerinnen und Hamburger die Chance auf ein sicheres und glückliches Leben haben, Familien und gesellschaftliche Vielfalt sollen sich bestmöglich entwickeln können. Unabhängig von Herkunft und sozialem Status, in allen unseren Stadtteilen. Als Partei mit einem christlichen Menschenbild vertrauen wir den Menschen und ihren Entscheidungen. Wir wollen die Verschuldung stoppen und die Probleme der Stadt energisch anpacken und Schluss machen mit dem Baustellenchaos, den Auswüchsen des sogenannten Busbeschleunigungsprogramms und ideologischer Verkehrspolitik. Hamburg muss wieder mehr tun für Sicherheit und Sauberkeit. Jeder Bürger hat ein Recht darauf, dass seine Stadt sicher ist und er in einem gepflegten Umfeld leben kann. Unsere Stadt braucht daher eine gut ausgestattete Polizei und einen wirksamen Ordnungsdienst. Wir dürfen uns nicht auf dem Ruhm der Vergangenheit ausruhen, wir sollten nie vergessen, dass unser Wohlstand täglich neu erarbeitet werden muss. Deshalb wollen wir den mutigen und erfolgreichen

Weg des politischen Leitbilds „Metropole Hamburg – wachsende Stadt“ fortsetzen, den Sprung über die Elbe vollenden, internationaler werden und das Wachstum der Stadt sinnvoll gestalten. Wir wollen die Weichen dafür stellen, dass der Hafen als Herz unserer Wirtschaft ein zentrales Drehkreuz bleibt und auch weiterhin der Impulsgeber für die norddeutsche Wirtschaftsregion ist. Aber der Hafen allein wird im 21. Jahrhundert unseren Wohlstand nicht sichern können. Wir wollen aus der zunehmenden Bedeutung des Wissens, der Forschung und der Hochtechnologie die richtigen Konsequenzen ziehen und Hamburg zur Wissens- und Gründermetropole. Mit Leidenschaft.

Hamburg kann mehr.

W

Dietrich Wersich

Dietrich Wersich
Bürgermeisterkandidat

Hamburg kann mehr.

Die wachsende Stadt gestalten – Chancen für alle in einer lebenswerten Stadt.

Inhalt

1. WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT	5
1.1 Hamburg ³ : Hafen, Handel, Hightech – Zukunft in Wirtschaft und Wissenschaft.....	5
1.2 Hamburg wird Wissensmetropole	7
1.3 Den Hafen für die Zukunft sichern	9
1.4 Mehr Industrie wagen.....	12
1.5 Mittelstand und Handwerk stärken.....	13
1.6 Solide Haushalten - Schuldenstopp 2015.....	14
2. VERKEHR, INFRASTRUKTUR UND WOHNEN.....	16
2.1 Moderner Verkehrsmix statt Ideologie.....	16
2.2 Bessere öffentliche Verkehrsmittel statt unsinniger „Busbeschleunigung“	17
2.3 In Hamburg muss der Straßenverkehr wieder fließen	18
2.4 Die norddeutsche Verkehrsinfrastruktur stärken	20
2.5 Ein Masterplan für die Stadtentwicklung 2025/35	21
2.6 Leben in einer umweltbewussten Stadt.....	23
3. SICHERHEIT UND SAUBERKEIT	24
3.1 Sicher leben in Hamburg	24
3.2 Staatliches Gewaltmonopol verteidigen – Keine Akzeptanz für Gewalt gegen Polizisten	27
3.3 Politischen und religiösen Extremismus bekämpfen.....	27

3.4 Wohlfühlen in einer gepflegten Stadt.....	29
4. CHANCEN FÜR ALLE	30
4.1 Für Jung und Alt und in allen Lebenslagen – soziale Herausforderungen meistern	30
4.2 Kinder besser fördern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.....	32
4.3 Starke Schulen, frei von Ideologie	34
4.4 Integration und Vielfalt gestalten	37
4.5 Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz gewährleisten	39
4.6 Das Kindeswohl zählt.....	42
4.7 Flüchtlingen wirksam helfen.....	43
4.8 Freiwilliges Engagement	44
5. ATTRAKTIVE STADT	45
5.1 Wachsende Kultur	45
5.2 Hamburg als internationale Tourismus-Metropole	47
5.3 Breitensport fördern und Olympia nach Hamburg holen.....	48
6. BÜRGERFREUNDLICHE VERWALTUNG	50
6.1 Die lokale Ebene stärken, kundenfreundliche und bürgernahe Bezirksämter	50
6.2 Bürger an der Gestaltung der Stadt beteiligen.....	51
6.3 Den öffentlichen Dienst attraktiver gestalten.....	52
6.4 Hamburgs Einheit bewahren	52

1. WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT

1.1 Hamburg³: Hafen, Handel, Hightech – Zukunft in Wirtschaft und Wissenschaft

GEGENWART: Die wirtschaftliche Lage unserer Stadt hat sich seit der Krise nicht wieder vollständig erholt. Die Arbeitslosigkeit sinkt nicht, sondern liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. Obwohl bundesweit die Anzahl der Insolvenzen zurückgeht, steigt sie in unserer Stadt. Bestimmte Branchen, wie die Medien- oder die Finanzwirtschaft, wandern weiter ab. Der SPD-Senat hat es versäumt, die Politik der „Wachsenden Stadt“ konsequent weiter zu verfolgen und die Weichen rechtzeitig zu stellen, um junge und innovative Unternehmen in unsere Stadt zu holen. Dadurch wurde Hamburg jetzt sogar Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum aller Bundesländer.

ZUKUNFT: Hamburgs wirtschaftliche Zukunft ist Hamburg³: ein gesunder Mix aus Hafen, Handel und Hightech. Wir brauchen einen starken Hafen. Aber Hafen und Handel alleine können unseren Wohlstand im 21. Jahrhundert nicht mehr sichern. Wir müssen die zunehmende Bedeutung des Wissens, der Forschung und der Hochtechnologie erkennen und daraus die richtigen Schlüsse für Hamburg ziehen. Wir schaffen wieder Freiheit für Kreativität und

Unternehmergeist. Wir werden kluge Köpfe anregen, Produkte „made in Hamburg“ für den Weltmarkt zu entwickeln und dazu Firmengründungen besser unterstützen. Wir bauen Gründerzentren auf, die Anlaufpunkt für Gründer, Unternehmen, Investoren, Gründerinitiativen und Politik werden. Innovationen sind der Schlüssel zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Zukunft unserer Stadt. Wir erneuern und erweitern die erfolgreiche Clusterpolitik aus der Zeit der CDU-Senate. Dabei legen wir den Schwerpunkt darauf, das Profil des Standorts zu schärfen, die Innovationskraft der Unternehmen zu stärken sowie den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu erleichtern. Außerdem werden wir die in der Zeit der CDU-Senate erfolgreich gestartete, unter dem SPD-Senat jedoch schnell wieder erlahmte InnovationsAllianz Hamburg zwischen Stadt, Wissenschaft und Wirtschaft neu beleben und fort-entwickeln. Besonders geeignet sind hierzu die Bereiche der Gesundheitswirtschaft, der Luftfahrtindustrie und der Erneuerbaren Energien. Gerade die Energiewende bietet Hamburg die einzigartige Chance, Innovations- und Technologieführer in Deutschland zu werden. Hamburg sollte sich mit aller Kraft der Entwicklung von intelligenten Netzen (smart grids) und der Speichertechnologie widmen. Neben der Windenergie soll Hamburg seine technologische und wirtschaftliche Position insbesondere in den Bereichen Wasserstoff, Brennstoffzelle und Speicherung deutlich ausbauen. Hierzu gehört ausdrücklich auch die industrielle Kompetenz. Ein neuer Schwerpunkt wird die Digitalisierung und Online-Wirtschaft,

die gerade alle Lebensbereiche revolutioniert. Ebenso wie die Clusterpolitik ist auch die Idee der Metropolregion mit neuem Leben zu füllen. Durch die systematische Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft und die Unterstützung und Ansiedlung neuer Branchen werden wir Hamburg zur Gründermetropole machen.

1.2 Hamburg wird Wissensmetropole

GEGENWART: Hamburgs Ruf und Anspruch als Metropole europäischen Ranges spiegelt sich nicht in der Wissenschaftspolitik wider. An den Hamburger Hochschulen finden sich zu wenig exzellente Bereiche und die SPD hat mit ihren Hochschulverträgen der Wissenschaft die schärfsten Sparmaßnahmen seit Jahrzehnten aufgezwungen. Nicht einmal die tarif- und inflationsbedingten Kostensteigerungen sollen ausgeglichen werden. Die Folge: Studienplätze werden abgebaut und Professorenstellen gestrichen. Die notwendigen baulichen Erneuerungen sind ins Stocken geraten. Die geplante Zweckentfremdung der freigewordenen Bafög-Mittel durch den derzeitigen Senat zur Haushaltskonsolidierung ist politischer Betrug. Dies verschärft den Rückstand Hamburgs gegenüber anderen Hochschulstandorten.

ZUKUNFT: Hamburg braucht in der Wissenschaft einen Politikwechsel. Wissen wird immer wichtiger, daraus wollen wir die richtigen Konsequenzen ziehen und Hamburg zur führenden Wissensmetropole Nordeuropas machen. Den Hochschulen kommt eine Schlüsselrolle für die zukünftige Entwicklung der Metropole Hamburg zu. Hier entscheidet sich, ob wir für die besten Köpfe aus dem In- und Ausland attraktiv sind. Hier entstehen Ideen und Innovationen, die zu Unternehmensgründungen und hochwertigen Arbeitsplätzen bei uns führen. Um die besten Ideen zu bündeln, setzen wir eine Zukunftskommission „Wissenschaftsmetropole Hamburg 2025“ ein, in der Wissenschaftler aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Vertreter der Wirtschaft sowie weitere Experten mitarbeiten. In einem Zukunftspakt für die Wissenschaft investieren wir in der kommenden Legislaturperiode zusätzlich 150 Millionen Euro, um die Qualität von Forschung und Lehre zu verbessern. Damit verbessern wir die Grundfinanzierung und schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für leistungsstarke und exzellente Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir stärken damit die Landesforschungsförderung auch in Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Um die Sanierung der Universität am Campus von-Melle-Park, der Hochschule für Angewandte Wissenschaften und anderer Hochschulen innerhalb der nächsten zehn Jahre sicherzustellen, werden wir eine Sanierungsoffensive 2025 mit insgesamt 1,2 Milliarden Euro im sog. Mieter-/Vermietermodell starten. Um für begabte Schüler aus Nicht-

Akademiker-Haushalten den Zugang zu einer Hochschule zu vereinfachen, setzen wir „Talent-Scouts“ ein, die diese entsprechend motivieren, Möglichkeiten und Chancen eines Studiums aufzeigen und während des Studiums begleiten. Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie sind für uns Kernbestandteile einer erfolgreichen Wissenschaftspolitik. Daher wollen wir die Hochschulen von überflüssiger Bürokratie und staatlicher Einmischung in Detailfragen entlasten. Auch die privaten Hochschulen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Attraktivität der Wissensmetropole. Sie können noch besser in hochschulübergreifende Netzwerke eingebunden werden. Forschung und Wissenschaft müssen als Innovationsmotor der Stadt stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Wir werden nach dem Vorbild der erfolgreichen Clusterpolitik die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in einem partnerschaftlichen Prozess ausbauen. Zudem werden wir das knappe Wohnungsangebot für Studenten und Auszubildende verbessern und verstärkt fördern.

1.3 Den Hafen für die Zukunft sichern

GEGENWART: Der Hafen ist das Herz der Hamburger Wirtschaft und unseres Wohlstands. Der Hafen hat Hamburg zu Deutschlands Tor zur Welt gemacht. Dieses Tor dürfen wir uns von niemandem

zuschlagen lassen. Nicht von irgendwelchen Verbänden, die gegen notwendige Baumaßnahmen kämpfen. Und nicht von einem SPD-Senat, der kein Konzept für den Hafen hat. Das Urteil zur Fahrrinnenanpassung wurde wegen mangelnder Begründungen im Planverfahren vom Bundesverwaltungsgericht vertagt. Das markige Versprechen einer schnellen Vertiefung der Elbe hat der SPD-Bürgermeister nicht halten können.

ZUKUNFT: Wir realisieren das Konzept „Hafen Hamburg 2030 – Impulsgeber für Norddeutschlands Wirtschaft“. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens verbessert und an die größer werdenden Containerschiffe angepasst. Wir stellen dazu jedes Jahr zu den geplanten 100 Millionen Euro weitere 50 Millionen Euro für Zukunftsinvestitionen in die Hafeninfrastuktur zur Verfügung. Mit einer schonungslosen Bestandsaufnahme werden wir ermitteln, welche aktuellen Behinderungen für die Weiterentwicklung des Hafens existieren und welche am schnellsten beseitigt werden müssen. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Fahrrinnenanpassung der Elbe. Sie muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Hinterlandanbindung des Hafens und die Situation der Binnenschifffahrt sind zu verbessern. Wir richten eine verkehrsübergreifende Leitzentrale ein, die den Zu- und Ablauf der gesamten Hafen-Logistik mit moderner Telematik steuert und so die Leistungsfähigkeit aller Verkehrswege maximal ausnutzt. Die südliche Variante der Hafenquerspange wird verwirklicht und als

Ersatz für die Köhlbrandbrücke wird eine Tunnellösung geprüft, damit der Hafen auch für höhere Schiffe erreichbar bleibt. Das Central-Terminal Steinwerder wird der Standort, an dem Umschlag, Produktion, Leichtmontage und Logistik im Sinne des Universal- und Industriehafens für zukunftssträchtige Unternehmen entwickelt werden können. Der Kleine Grasbrook wird unabhängig vom Ausgang der Olympia-Bewerbung Standort für ein weiteres Kreuzfahrtterminal. Die gesundheitsgefährdenden Emissionen der Container- und Kreuzfahrtschiffe werden z.B. durch die Verwendung von Landstrom oder einer externen und flexiblen Versorgung durch so genannte Kraftwerksschiffe (power barges) oder die verbindliche Verwendung von Liquefied Natural Gas (LNG) während der Liegezeiten gesenkt. Eine norddeutsche Kooperation aller Häfen sorgt für eine nachhaltige Stärkung im europäischen Wettbewerb und kann wegen unserer international verkehrsgünstigen Lage neue industrielle Arbeitsplätze in den Norden holen. Wir verlängern die Wertschöpfungskette in der Hafenwirtschaft mit modernen dem Umschlagsgeschäft vor- und nachgelagerten Dienstleistungen und Industrieproduktionen. Auf dieses Ziel richten wir unsere Politik bei der Ansiedelung von Gewerbe- und Industriebetrieben aus. Dabei arbeiten wir enger als bisher mit unseren Nachbarn in der Metropolregion Hamburg zusammen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Hinterlandanbindungen des Hafens ausgebaut werden. Hamburg verfügt schon heute über einen der modernsten und leistungsfähigsten Häfen der Welt. Um den Hafen in dem

zunehmenden Wettbewerb zu anderen Standorten zu stärken, werden wir Innovationen in der Hafen- und Logistikwirtschaft weiter fördern und vorantreiben.

1.4 Mehr Industrie wagen

GEGENWART: Hamburg ist eines der drei größten Industriezentren in Deutschland. Über ein Fünftel der gesamten Arbeitsplätze in der Metropolregion sind der Industrie zuzurechnen. Sie ist gleichzeitig Treiber für die wirtschaftliche Entwicklung im Dienstleistungssektor und im Handwerk. Der SPD-Senat hat zu wenig getan, um die Potentiale der Industrie durch ausreichende Flächenangebote und eine verbesserte Zusammenarbeit mit der Wissenschaft in Hamburg zu fördern. Er gefährdet den Wirtschaftsstandort Hamburg durch einen industriefeindlichen Verdrängungswettbewerb.

ZUKUNFT: Wir schaffen die Voraussetzungen, damit die vorhandene Industrie gesichert wird und sich neue Betriebe in Hamburg ansiedeln können. Dazu werden wir den Masterplan Industrie gemeinsam mit der Wirtschaft weiter entwickeln. Viele moderne Industriebetriebe im Hightech-Bereich sind nicht mehr mit Emissionen verbunden, so dass sich völlig neue Chancen in der Verbindung von Arbeiten und Wohnen ergeben. Dazu sind

Bestimmungen des Baurechts zu modernisieren. Doch auch die klassische Industrie braucht ihren Platz in Hamburg. Deshalb müssen wir Industriebetrieben genügend sichere Industriegebiete anbieten, die vor dem möglichen Konflikt mit herannahenden Wohngebieten geschützt sind. Hier richten wir gegebenenfalls gewerbliche oder forst- und landwirtschaftliche Flächen als Puffer zwischen Wohn- und Industriequartieren ein. Am Hamburger Flughafen setzen wir uns für den Bau eines modernen und großen Frachtzentrums ein, damit auch der Transportweg über die Luft ausreichend gesichert ist. Bei zukünftigen Straßenbauprojekten zu Industriezentren ist zu beachten, dass diese von den modernen und ökologischen Lang-LKW erreichbar sind.

1.5 Mittelstand und Handwerk stärken

GEGENWART: Hamburg ist von einem starken Mittelstand und Handwerk geprägt. Zu strenge Auflagen und Bürokratie, aber auch die chaotischen Verkehrsverhältnisse schränken die Arbeit von Mittelstand und Handwerk ein. Häufig besitzen kleine und mittlere Unternehmen nicht die Ressourcen für strategisch weitreichende Entwicklungen und werden dabei zu wenig unterstützt.

ZUKUNFT: Wir werden gemeinsam mit der Wirtschaft die Mittelstandsvereinbarung und den Masterplan Handwerk so weiter entwickeln, dass sie den aktuellen Anforderungen gerecht werden. Wo möglich werden wir Berichtspflichten und unverständliche Bürokratie beseitigen. Wir sorgen dafür, dass der Mittelstand und das Handwerk in den einzelnen Stadtteilen verwurzelt bleiben. Dazu halten wir erschlossene und marktfähige Flächen für kleine und mittlere Unternehmen vor. In besonders begehrten Lagen setzen wir uns für die Einrichtung von Gewerbehöfen ein. In den Bezirksämtern wird ein zentraler Verfahrensmanager für die Anliegen von mittelständischen Unternehmen und Existenzgründern eingesetzt. Die Investitions- und Förderbank (IFB) muss ihre Arbeit auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen ausrichten. Dem wachsenden Finanzierungsbedarf der Unternehmen soll durch eine Erhöhung des Bürgschaftshöchstbetrages auf 1,5 Mio. Euro Rechnung getragen werden.

1.6 Solide Haushalten - Schuldenstopp 2015

GEGENWART: Trotz Rekordeinnahmen aus Steuern und Gebühren will die SPD für 2015/16 keinen Schuldenstopp. Anstatt die konjunkturell gute Lage zu nutzen, um endlich nachhaltig zu wirtschaften, verpulvert der Senat die zusätzlichen Einnahmen mit

unnötigen Ausgaben, die den Haushalt in Zukunft dauerhaft belasten werden. Der SPD-Senat hat in den Jahren von 2011 bis 2013 726 Millionen Euro neue Schulden gemacht. Finanzschwache Bundesländer dienen als Vergleichsgröße, wenn es um das Haushalten Hamburgs geht. Dieses Messen mit den Schwächsten ist Hamburg unwürdig. 116.000 Rechnungen, die Hamburg im Jahr 2013 verspätet beglichen hat, sprechen zudem für eine chaotische Haushaltsführung.

ZUKUNFT: Wir machen in Hamburgs Behörden ab 2015 keine neuen Schulden mehr, etwaige Defizite werden aus Rücklagen und ohne neue Kredite finanziert. Sparsames Haushalten erfordert Aufgabenkritik. Zukünftige Haushaltsüberschüsse gehen in einen Sonderfonds, um wichtige Zukunftsinvestitionen in Wissenschaft und Infrastruktur zu finanzieren sowie Schulden zu tilgen. Hamburg ist Vorbild und zahlt seine Rechnungen pünktlich. Die Stadt ist nicht der bessere Unternehmer. Hamburg darf sich nur zeitlich befristet und unter sorgfältiger Abwägung von Chancen und Risiken an privaten Unternehmen beteiligen.

2. VERKEHR, INFRASTRUKTUR UND WOHNEN

2.1 Moderner Verkehrsmix statt Ideologie

GEGENWART: Hamburg versinkt täglich im Stau, immer mehr Menschen nutzen Bus und Bahn, die immer öfter überfüllt sind. Statt sich auf die notwendige Sanierung von Straßen, Geh- und Radwegen zu konzentrieren, überzieht die SPD die Stadt mit einem unsinnigen, aber 260 Millionen Euro teuren „Busbeschleunigungsprogramm“, das gar keinen Bus beschleunigt. Es existiert kein durchdachtes Baustellenmanagement. Der Wirtschaftsverkehr befindet sich in einem kritischen Zustand. Die SPD hat kein Konzept für einen reibungslosen Verkehr in Hamburg. Stattdessen ist die alte Ideologie zurückgekehrt, wenn bestimmte Straßen nur noch von Radfahrern benutzt werden sollen und Busbuchten auf die Straße zurückverlegt werden. Planspiele, mit nie verwirklichten Vorhaben aus den 1970er Jahren, die den Bau einer U-Bahnlinie für mehrere Milliarden Euro vorsehen, werden von dem SPD-Senat für 2040 als Vision verkauft. Tatsächlich ersetzen sie konkrete Schritte für leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel.

ZUKUNFT: Wir stehen in einer Zeitenwende im Verständnis von Mobilität: Ob Auto, Bahn, Bus, Fahrrad oder zu Fuß – DEN Verkehrsträger gibt es heute in einer Metropole nicht mehr. „Wie komme ich schnell und effizient ans Ziel?“ – Das ist die Frage, die

immer mehr Menschen bewegt. Dafür müssen die Weichen jetzt richtig gestellt werden: Wir entwickeln in Hamburg einen modernen Mix aus Auto, Fahrrad und mehr Bahnen. Dazu zählen die Anbindung von Mobilitätsangeboten zu Carsharing und Mietwagen, Elektro-Fahrzeuge oder die Weiterentwicklung des StadtRAD-Systems. Damit können weniger Lärm und weniger Emissionen und damit eine höhere Lebensqualität erreicht werden. Hamburg wird innerhalb Deutschlands zum Vorreiter bei der Verknüpfung aller Verkehrsträger.

2.2 Bessere öffentliche Verkehrsmittel statt unsinniger „Busbeschleunigung“

GEGENWART: Hamburg verzeichnet hohe Zuwächse bei der Benutzung von Bus und Bahn. Dieser Trend ist erfreulich. Weniger erfreulich ist der Umgang des SPD-Senats mit dieser Tatsache. Er verpulvert mit dem so genannten Busbeschleunigungsprogramm 260 Millionen Euro für ein paar Minuten Fahrtzeitverkürzung. Als Ergebnis fallen Parkplätze weg, Bäume werden gefällt. Der Nutzen ist gering, aber in der gesamten Stadt legen Baustellen den Verkehr lahm.

ZUKUNFT: Wir stoppen das unwirksame Busbeschleunigungsprogramm. Wir beschleunigen die Busse durch Ampel-

vorrangschaltung und indem – wie in vielen anderen Städten in Deutschland und Europa bereits üblich – Fahrkartenautomaten an den Haltestellen aufgestellt werden. Dadurch werden die Busfahrer entlastet und die Fahrtzeiten verkürzt. Um für die Zukunft ausreichende Kapazitäten zur Verfügung zu stellen, wird auf wichtigen Strecken die Stadtbahn eingeführt. Viele europäische Städte machen es uns vor: Mit klug durchdachten Stadtbahnlinien erreichen wir kürzere Fahrtzeiten, Entlastung der innerstädtischen U-Bahnen und Busse und eine Erhöhung der Fahrgastkapazitäten. Die moderne Stadtbahn ist komfortabel, ökologisch, barrierefrei und wirtschaftlich – Sie ist viel schneller zu realisieren und kostet nur 1/4 bis 1/10 einer U-Bahn. Damit werden endlich Stadtteile wie Bramfeld, Steilshoop, Lurup, Osdorf und die Arenen an ein Schienennetz angebunden und Stadtteile für neuen Wohnungsbau attraktiver. Auch für den Sprung über die Elbe wollen wir eine zusätzliche leistungsfähige Schienenanbindung nach Harburg.

2.3 In Hamburg muss der Straßenverkehr wieder fließen

GEGENWART: Die Hamburger sind genervt. Egal ob auf dem Weg zur Arbeit oder zum Einkaufen in die Innenstadt: Staus sind in unserer Stadt allgegenwärtig. Ursachen sind unkoordinierte Baustellen und

das fehlende Verkehrskonzept des SPD-Senats. Unsere wertvolle Lebens- und Arbeitszeit wird vernichtet.

ZUKUNFT: Wir werden Hamburgs Baustellen besser koordinieren, das unsinnige Busbeschleunigungsprogramm stoppen und die Hauptstadt des modernen, digitalvernetzten Verkehrsmanagements werden. Dazu wird die „Koordinierungsstelle für Baumaßnahmen“ in der Verkehrsbehörde zu einer leistungsfähigen Straßen- und Verkehrsmanagementeinrichtung umgebaut. Sie erhält bessere Strukturen, mehr Kompetenzen, modernste Technik und mehr Personal. Die Arbeit zwischen den Behörden und den Bauträgern wird auf allen Ebenen enger miteinander abgestimmt. Zudem sorgen wir dafür, dass schneller gebaut wird. Wenn Straßen gesperrt werden, dann wird auch gebaut. Geisterbaustellen, auf denen kein Arbeiter zu sehen ist, werden vermieden. Für uns gilt das Prinzip: Verkehrsberuhigte Wohnstraßen, leistungsfähige Hauptverkehrsstraßen. Mit intelligenter Verkehrstechnik (Telematik) können wir den Verkehr auf Hamburgs Straßen viel effizienter steuern. So fließt Hamburgs Verkehr wieder besser und die Wohnquartiere werden von Ausweichverkehr entlastet.

2.4 Die norddeutsche Verkehrsinfrastruktur stärken

GEGENWART: Viele Menschen arbeiten in der Stadt, leben allerdings in den äußeren Bezirken Hamburgs oder im Umland. Die täglichen Pendlerströme verursachen Staus, kosten Nerven und Wirtschaftskraft. In Hamburg quält sich der Individual- und Schwerlastverkehr immer stärker durch die Wohnquartiere und der SPD-Senat schaut tatenlos zu. Die Einführung von Gebühren für P+R-Anlagen durch den SPD-Senat war ein schwerer Fehler. Zusätzlich ist ein stetiger Zuwachs von Warenverkehr zu beobachten, denn Hamburg ist aufgrund seines Hafens und seiner zentralen Lage eine wichtige Logistikkreuzung in Deutschland und Europa. Die Zusammenarbeit Hamburgs mit unseren Nachbarländern hat sich unter der SPD verschlechtert, was für große Infrastrukturvorhaben schädlich ist.

ZUKUNFT: Wir werden noch mehr Menschen motivieren, auf Busse und Bahnen umzusteigen. Damit werden Pendlerachsen und Innenstadt zunehmend vom Individualverkehr entlastet. Das P+R-Angebot wird ausgebaut und die Kostenpflicht wieder abgeschafft, damit die Menschen wieder früher vom Auto auf Bus und Bahn umsteigen. Für die nördlichen Pendlerströme wird die AKN-Strecke nach Kaltenkirchen als S-Bahn ausgebaut. Nach Lübeck wird eine durchgehend zweigleisige S-Bahn gebaut. In Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen werden die vollständige

Realisierung der A20 als westliche Elbquerung, der Bau der Hafenuferspanne, die Weiterführung der A21 als Umgehung Hamburgs sowie die A39 als bessere Anbindung der östlichen Bundesländer an unseren Hafen vorangetrieben. Zudem stimmen wir uns über gemeinsame Anliegen mit den Nachbar-Kommunen Hamburgs regelmäßig und auf Augenhöhe ab.

2.5 Ein Masterplan für die Stadtentwicklung 2025/35

GEGENWART: Hamburg wächst. Unsere Stadt zieht viele Menschen an. Trotzdem wandern noch immer zu viele junge Familien ins Umland ab, weil sie hier ihre Wohnwünsche nicht verwirklichen können. Trotz mehr Wohnungsbau ist es der SPD bisher nicht gelungen, den Anstieg der Mieten zu stoppen und ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die SPD hat keinen Plan für eine zielgerichtete Entwicklung, die Hamburg auch für die nächsten 50 Jahre lebenswert macht und der das Wachstum unserer Stadt in geeignete Bahnen lenkt. Das Konzept des CDU-geführten Senats „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ findet keine Berücksichtigung mehr.

ZUKUNFT: In einem „Masterplan Stadtentwicklung 2025/35“ bündeln wir die Ziele des verstärkten Wohnungsbaus aus den

wichtigsten Projekten mit den Flächenbedarfen der Wirtschaft zu einem Gesamtkonzept für die Entwicklung Hamburgs. Dazu gehören insbesondere die Mitte Altona, der gewonnene Lebensraum durch den vollständigen A7-Deckel über die Gesamtlänge von 2030 Metern im Altonaer Bereich, die Weiterentwicklung der Hafencity mit den östlichen innenstadtnahen Stadtteilen und die Fortsetzung des „Sprung über die Elbe“ bis in den Süderelberaum. Vor allem in den innenstadtnahen Stadtteilen Rothenburgsort, Hammerbrook, Hamm, Horn, Billbrook und Billstedt sehen wir Potenzial für bis zu 20.000 innerstädtische Wohnungen. Wir verbinden wieder Wohnen und Arbeiten und werten Stadtteile auf, ohne die eingesessenen Bewohner zu verdrängen. Neue Großsiedlungen lehnen wir ab. Um den Wohnungsmarkt zu entlasten, werden bei Neubauten die gesellschaftlichen Veränderungen in unserer Stadt stärker berücksichtigt: Wir fördern neue Wohnformen wie Mehrgenerationenwohnen und Wohngemeinschaften und schaffen gezielt mehr günstigen Wohnraum für Alleinstehende, junge und ältere Menschen und diejenigen, die für eine Sozialwohnung geringfügig zu viel verdienen. Dabei wird die Barrierefreiheit zum Standard. Wir fördern das Eigentum an selbstgenutztem Wohnraum, denn das ist der beste Mieterschutz. Und nur so können wir die nach wie vor bestehende Abwanderung, vor allem von Familien, ins Umland stoppen.

2.6 Leben in einer umweltbewussten Stadt

GEGENWART: Hamburg ist eine der grünsten Städte Europas, geprägt durch seine vielen Bäume, Parks und Gewässer. Neun Prozent Naturschutz- und 20 Prozent Landschaftsschutzflächen kann unsere Stadt vorweisen. Für den SPD-Senat waren Umweltbewusstsein, Lärmschutz, Grünerholung, Gewässer- und Luftqualität leider keine wichtigen Aspekte. Er hat es versäumt, das wegweisende Konzept der Umwelthauptstadt weiterzuentwickeln und mit Leben zu füllen.

ZUKUNFT: Lärm und Schadstoffe schaden der Gesundheit und sind möglichst effektiv in allen Bereichen (Verkehr, Hafen, Flughafen etc.) zu reduzieren. Im Bereich der Luftqualität werden wir durch die Optimierung des Verkehrsflusses, durch den Einsatz alternativer Antriebsstoffe für Kraftfahrzeuge und Schiffe sowie effektiver Filtersysteme die Belastung durch Stickoxide und Feinstaub weiter verringern. Die Fahrzeuge der Stadt und der öffentlichen Unternehmen müssen hier eine Vorbildfunktion übernehmen. Heizenergie wird durch Ausbau der zentralen wie dezentralen Fernwärmeversorgung umweltfreundlicher. Am Flughafen wird Lärm weiter reduziert, indem das Nachtflugverbot eingehalten und Verstöße mit erhöhten Strafgebühren geahndet werden. Über das Landeentgelt wird den Fluggesellschaften ein Anreiz gegeben, verstärkt lärmreduzierte Maschinen einzusetzen. Die Planungen für

Gewässerpflege und -schutz an Elbe und Binnengewässern werden besser aufeinander abgestimmt und bürgerfreundlich umgesetzt. Die Grünanlagen benötigen intensive Pflege, um weiterhin die grüne Lunge der Stadt bilden zu können. Deshalb werden der Erhalt von Bäumen und die Pflege der Grünanlagen verbessert.

3. SICHERHEIT UND SAUBERKEIT

3.1 Sicher leben in Hamburg

GEGENWART: Während die CDU-geführten Senate die Kriminalität seit 2001 um 25 Prozent gesenkt hatten, nimmt die Kriminalität seit Regierungsübernahme der SPD wieder zu: 2013 passierten 14.000 Straftaten mehr, Tendenz weiter steigend. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote gesunken. Wohnungseinbrüche sind in vielen Vierteln zur traurigen Normalität geworden. Viele Bürger fühlen sich an bestimmten Orten oder zu bestimmten Tageszeiten in Hamburg nicht mehr sicher. Die Justiz kann die Straftaten nicht konsequent ahnden, denn die Gerichte und Staatsanwaltschaften haben die Grenze der Belastbarkeit überschritten. Sie leiden unter dem Sparzwang, der ihnen vom SPD-Senat aufgebürdet wurde. Dadurch dauern Strafverfahren in Hamburg immer länger und eine wirksame Verbrechensbekämpfung kann nicht erfolgen. Die falsche

Prioritätensetzung durch Kürzungen der SPD zeigt sich auch bei der Hamburger Feuerwehr, die neben Justiz und Polizei einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit aller Hamburger leistet.

ZUKUNFT: Ein Leben in Sicherheit, ohne Furcht vor Straftaten und Gewalt, ist ein Recht jedes Bürgers unserer Stadt. Wir akzeptieren nicht, dass der Rechtsstaat kapituliert. Zur Verbesserung der Abschreckung, Aufklärung und des subjektiven Sicherheitsgefühls wollen wir mehr Polizei auf den Straßen und in den Wohnvierteln, Videoüberwachung an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten sowie eine höhere Präsenz von Wachpersonal in öffentlichen Verkehrsmitteln. Ab 2015 werden wir jedes Jahr die Einstellungszahlen bei der Hamburger Polizei um 80 zusätzliche Auszubildende erhöhen, so dass in fünf Jahren bis zu 400 Polizisten mehr Dienst tun. Damit wird auch dem steigenden Altersdurchschnitt und der Pensionierungswelle bei den Polizeibeamten Rechnung getragen. Wir sorgen dafür, dass der Polizeiberuf in Hamburg attraktiver wird: Zulagen für Sonn-, Feiertags- und Nachtdienste gehören ebenso dazu wie angemessene Beförderungsmöglichkeiten. Die höheren Wohnungs- und Lebenshaltungskosten im Vergleich zu umliegenden Bundesländern wollen wir mit einer Ballungsraumzulage ausgleichen. Zudem erhält die Polizei eine moderne Ausstattung, um ihrem Sicherheitsauftrag in allen Belangen gerecht zu werden. Um sich wieder voll und ganz um die Bekämpfung der Kriminalität zu kümmern, werden die Polizeivollzugsbeamten von anderen Aufgaben entlastet, wie

beispielsweise der Begleitung von Schwertransporten oder dem Objektschutz an Konsulaten.

Wir ergreifen Maßnahmen, um jugendliche Intensivstraftäter in ihre Schranken zu weisen. Wir setzen uns dafür ein, dass für Täter im Alter zwischen 18 bis 21 Jahre die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auch in Hamburg in der Praxis zum Regelfall wird. Die Anwendung des Jugendstrafrechts muss die begründete Ausnahme bleiben. Außerdem wollen wir auf Bundesebene erreichen, dass bei schwersten Verbrechen die Höchststrafe für Heranwachsende, für die wegen mangelnder Reife Jugendstrafrecht gilt, von zehn auf 15 Jahre angehoben wird. Zum Schutz der Bürger und als letzten Ausweg vor dem Jugendstrafvollzug richten wir gemeinsam mit den umliegenden Bundesländern eine geschlossene Unterbringung für jugendliche Intensivtäter ein.

Die Stellensituation bei Gerichten und Staatsanwaltschaften wird gemäß der angestiegenen Belastung verbessert. Um die Arbeit der Feuerwehr Hamburg langfristig sicherzustellen, lösen wir den dortigen Beförderungsstau auf und sorgen dafür, dass die Feuerwehr parallel zur Stadt mitwächst.

3.2 Staatliches Gewaltmonopol verteidigen – Keine Akzeptanz für Gewalt gegen Polizisten

GEGENWART: Hamburg erlebt immer häufiger gewalttätige Angriffe auf Polizisten, vor allem aus extremistischen Lagern. Selbst Feuerwehrleute und Rettungssanitäter werden bei ihren Einsätzen bedroht und attackiert.

ZUKUNFT: Wir stehen solidarisch zu unseren Polizisten, die in ihrem täglichen Dienst unsere Freiheit und Sicherheit gewährleisten. Wer Beamte mit Steinen, Flaschen und Böllern bewirft, muss die volle Härte des Gesetzes spüren. „Null Toleranz“ gegen ausufernde Gewalt muss das Prinzip lauten, mit dem Straftaten gegen Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungssanitäter unter voller Ausschöpfung des gesetzlichen Strafmaßes verfolgt werden. Sollte es erforderlich sein, den bisherigen gesetzlichen Strafrahmen nochmals zu erweitern, werden wir entsprechende Initiativen ergreifen.

3.3 Politischen und religiösen Extremismus bekämpfen

GEGENWART: Es zeichnet Hamburg aus, dass hier Menschen friedlich zusammen leben, unabhängig von ihren politischen Einstellungen, ihrer Herkunft oder ihrer Religion. Dieses Zusammenleben wird zunehmend durch extremistische Aktivitäten

gefährdet. Gewalt, Intoleranz und Homophobie, die sich aus politischen oder religiösen Motiven speisen, haben ein inakzeptables Maß erreicht. Kleine Gruppen, vornehmlich aus dem linksextremistischen oder salafistischen Umfeld, bekämpfen unsere gesellschaftliche Ordnung. Salafisten provozieren öffentlich und werben an Schulen für ihre menschenverachtende Auslegung des Islam. Gerade männliche Jugendliche und junge Männer sind Opfer dieser Rattenfänger und ihrer vermeintlichen Heilsbotschaften. Der innere Frieden in Hamburg ist zunehmend gefährdet.

ZUKUNFT: Wir wenden uns gegen jede Form der Intoleranz und des Extremismus. Wir werden ein Handlungskonzept gegen die steigende linksextreme Gewalt vorlegen. Öffentliche Aufmärsche und Bücherverteilungen von Dschihadisten und Salafisten, die den Frieden in Hamburg gefährden und Hass gegen Andersdenkende und Anderslebende predigen, werden unterbunden. Gemeinsam mit den muslimischen Verbänden werden wir ein Handlungskonzept gegen religiösen Extremismus und gegen Anwerbeversuche radikaler Salafisten an Schulen erarbeiten. Ziel ist es, alle Schüler in Hamburg rechtzeitig aufzuklären und für betroffene Eltern und Freunde ein niederschwelliges Beratungsangebot zu schaffen. Lehrer an allen Schulen erhalten eine entsprechende Aus- bzw. Fortbildung, an besonders gefährdeten Standorten werden die Kollegien gemeinsam fortgebildet. Ausländische Straftäter sollen schneller abgeschoben werden. Dschihadisten mit doppelter Staatsangehörigkeit soll die

deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden. Das Landesamt für Verfassungsschutz wird gestärkt, um – gemeinsam mit den übrigen Ermittlungsbehörden und der Justiz – wirksam gegen staatsfeindliche Kräfte vorgehen zu können. Dazu gehören auch die neuen Herausforderungen durch demokratiefeindliche Aktivitäten in sozialen Medien, Internetkriminalität und Wirtschaftsspionage.

3.4 Wohlfühlen in einer gepflegten Stadt

GEGENWART: Hamburg ist eine der schönsten Städte Deutschlands, für manche sogar die schönste Stadt. Doch die Visitenkarten unserer Stadt wie Plätze und Grünanlagen, zentrale Orte wie der Hauptbahnhof und St. Georg, die Mönckebergstraße oder der Jungfernstieg werden wieder ungepflegter. Plätze und Grünanlagen werden nicht ausreichend gereinigt und sind immer öfter vermüllt. Öffentliche Trinkgelage, aggressive und von Banden organisierte Bettelerei und wildes Kampieren in Grünanlagen werden vom SPD-Senat viel zu lange geduldet. Diese Entwicklung ist nicht mehr nur an zentralen Orten, sondern in vielen Quartieren zu beobachten. Wie wenig wichtig der SPD Sauberkeit und Sicherheit sind, zeigt die Abschaffung des Bezirklichen Ordnungsdiensts (BOD) zum 1. Januar 2014.

ZUKUNFT: Die Hamburger sollen sich in ihrer Stadt wieder wohlfühlen. Das gilt für zentrale Orte, für die einzelnen Quartiere, für Kinderspielplätze und Grünanlagen. Wir starten eine Qualitäts-offensive: Die Pflege der Grünanlagen wird verbessert, die Stadt wird attraktiver durch häufigere Reinigung der Plätze und konsequentes Vorgehen gegen die Verwahrlosung. Öffentliche Trinkgelage und aggressive Bettelerei werden mit intensiven Kontrollen und Platzverweisen bekämpft. Wildes Kampieren in unseren Grünanlagen wird unterbunden. Dazu wird der Bezirkliche Ordnungsdienst (BOD) wieder eingeführt, personell aufgestockt und mit dem Hundekontrolldienst verbunden. Damit kann der BOD wieder vor Ort in den einzelnen Stadtteilen Missstände abstellen. Damit Hamburg wieder zu einer Stadt wird, in der sich alle Einwohner und Besucher überall wohlfühlen.

4. CHANCEN FÜR ALLE

4.1 Für Jung und Alt und in allen Lebenslagen – soziale Herausforderungen meistern

GEGENWART: Hamburg steht vor sozialen Herausforderungen, denen der SPD-Senat gar nicht oder mit falschen Mitteln begegnet. Unterstützungsangebote und wichtige soziale Träger werden nicht mehr ausreichend unterstützt. Maßnahmen zur Überwindung der

Armut durch Förderung Arbeitsloser in den Stadtteilen wurden gekürzt oder ganz eingestellt. Anstatt Familien und Jugendliche besser zu fördern, hat der SPD-Senat bei den Häusern der Jugend und anderen Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförderung und Jugendgruppen und -verbänden massiv gekürzt.

Und auch in Hamburg werden die Menschen älter und der Anteil Älterer wird steigen, derjenige der Jüngeren abnehmen. Die Veränderung durch den demographischen Wandel wird sich auf fast alle Lebensbereiche auswirken. Doch ältere Menschen können den Wunsch nach möglichst langer Unabhängigkeit noch zu oft nicht umsetzen, weil entsprechende Angebote fehlen. Und die immer wichtigere und vielfältige Seniorenarbeit wird nicht ausreichend unterstützt.

ZUKUNFT: Unser Ziel ist es, allen Menschen gleich welchen Alters und welcher Herkunft die Chance zur Entfaltung und zum Erhalt ihrer Fähigkeiten zu geben. Ziel ist es, auch in schwierigen Lebenslagen ein möglichst selbstständiges Leben zu ermöglichen und Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Die Kürzungen bei der Familienförderung und den Jugendangeboten werden wir wieder rückgängig machen, denn wir wissen, wie unverzichtbar deren Arbeit für viele Familien und Jugendliche ist. Ebenso werden wir soziale Einrichtungen und Beratungsstellen der freien Träger vor Ort wieder so finanzieren, dass sie Tarifsteigerungen ausgleichen können. Denn ihre Arbeit ist

unverzichtbar, um Armut, Wohnungslosigkeit und krisenhafte Lebenssituationen überwinden zu helfen. Wir wollen, dass Hamburg wieder eine aktive Rolle in der Gestaltung der lokalen Arbeitsmarktprogramme übernimmt. Dazu gehört die wirksame Qualifikation von Langzeitarbeitslosen ebenso wie eine deutliche Verbesserung der Personalsituation in den Jobcentern, um arbeitslose Menschen optimal zu betreuen. Auch für Menschen mit Behinderungen werden wir die Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt erhöhen, durch intensive Kooperation mit Arbeitgebern ebenso wie durch eine intensivere Ausbildungsbegleitung von betroffenen Jugendlichen. Um Menschen mit Behinderung ebenso wie Älteren ein möglichst selbständiges Leben zu ermöglichen, fördern wir verstärkt die Barrierefreiheit von Wohnungen und der öffentlichen Infrastruktur. Deshalb werden wir einen Koordinator für senioren-gerechten Wohnraum einsetzen. Das Ziel der senioren-gerechten Stadt werden wir in allen Politikbereichen als Querschnittsthema begreifen und aktiv gestalten.

4.2 Kinder besser fördern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

GEGENWART: Mit dem bundesweit vorbildliche Kitagutschein-System hat die CDU in Hamburg die Kindertagesbetreuung massiv ausgebaut, für die frühe Förderung aller Kinder unabhängig von

Herkunft und sozialem Status gesorgt und Familie und Beruf besser vereinbar gemacht. Allerdings ist unsere Stadt Schlusslicht aller westdeutschen Bundesländer beim Betreuungsschlüssel im Krippenbereich. Auf einen Erzieher kommen rechnerisch 6,2 Kinder. Deshalb war es falsch vom SPD-Senat, nicht in bessere Qualität zu investieren, sondern Beitragsentlastungen für die Eltern mit Chancengerechtigkeit zu verwechseln. Mit der gezielten Sprachförderung für Kinder aus nicht deutsch sprechenden Elternhäusern wird zu spät begonnen. Auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Wiedereinstieg nach längerer Familienpause ist in Hamburgs Unternehmen noch Luft nach oben.

ZUKUNFT: In Zusammenarbeit mit der Elternvertretung und den Kitas wollen wir die Betreuer-Kind-Relation im Krippenbereich schrittweise auf 1:4 verbessern. Damit stellen wir eine intensive Bildung und Betreuung unserer Kinder sicher. Wir brauchen mehr Erzieher und wollen sie besser ausbilden. Um mehr Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, startet die frühkindliche Sprachförderung bereits mit vier Jahren. Die Erhebung des Entwicklungs- und Sprachstands findet daher zukünftig bereits im Alter von dreieinhalb Jahren statt. So können Defizite früher erkannt und rechtzeitig vor der Einschulung behoben werden. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu fördern, setzen wir uns gemeinsam mit den Unternehmen für flexiblere Arbeitszeitmodelle ein. Insbesondere Frauen, die nach einer längeren Familienphase

wieder in den Beruf einsteigen möchten, müssen wieder besser in ihr Arbeitsumfeld eingebunden werden und sollen dazu – wo nötig – mehr Unterstützung erhalten.

4.3 Starke Schulen, frei von Ideologie

GEGENWART: Das Hamburger Schulsystem ist mit seinen Grundschulen, den Sonderschulen und den beruflichen Schulen sowie dem unter den CDU-Senaten konzipierten Zwei-Säulensystem aus Gymnasien und Stadtteilschulen grundsätzlich gut aufgestellt. Allerdings sind die Schulen durch die Vielzahl von Reformen der letzten Jahre stark belastet. Die unausgereifte und vorschnelle Umsetzung der Inklusion gefährdet den Erfolg vor allem der Stadtteilschulen. Die flächendeckende Einführung der ganztägigen Bildung und Betreuung genügt dem Anspruch an eine gute Ganztagschule oft nicht. Eltern erhalten an den Grundschulen keine klare Rückmeldung mehr über Notenzeugnisse und werden bei der Auswahl der weiterführenden Schulen nicht hinreichend beraten. Die Qualität des Unterrichts, vor allem in der Mittelstufe, bleibt häufig auf der Strecke, weil den Lehrern mit der geforderten Individualisierung und der Inklusion zu viel aufgebürdet wird. Zu wenig Leistungsorientierung und eine zu starke Kompetenzorientierung, bei der Fachwissen und Wertevermittlung auf der Strecke bleiben, schwächen Gymnasien und Stadtteilschulen. Die

vollständige Abschaffung des Sitzenbleibens und die ungenügende Umsetzung des Konzepts „Fördern statt Wiederholen“ führen zu weiteren Qualitätsverlusten. Die Gerechtigkeit bei der Vergabe des mittleren Schulabschlusses und des Abiturs ist gefährdet durch unterschiedliche und intransparente Bewertungsmethoden. Der Abwertung des ersten und mittleren Schulabschlusses und der dualen Ausbildung wird in Hamburg nicht hinreichend entgegengewirkt. Die Schulleitungen sind überlastet mit Verwaltungsaufgaben. Den Lehrkräften werden ständig neue Aufgaben übertragen, ohne dass sie über eine ausreichende Aus- und Fortbildung verfügen.

ZUKUNFT: Anstatt ideologisch motivierter Experimente nutzen wir den Schulfrieden, um langfristig die Unterrichtsqualität in allen Schulformen zu verbessern. Wir erhalten das Elternwahlrecht und setzen auf eine Partnerschaft zwischen Eltern und Schule zur Bildung und Erziehung, damit jedes Kind gute und gerechte Bildungschancen erhält. In den Bildungsplänen der Grundschulen erhalten die Basisqualifikationen Lesen, Schreiben und Rechnen wieder eine größere Bedeutung. In den Bildungsplänen aller Schulformen gewinnen – neben der Vermittlung von Kompetenzen – Fachwissen und Wertevermittlung wieder einen höheren Stellenwert. Einheitliche und vergleichbare Notenzeugnisse ab Klasse drei und eine bessere Beratung helfen den Eltern, die für ihr Kind geeignete Schullaufbahn zu bestimmen. Die Schulformempfehlung muss dafür beibehalten werden. Starke und leistungsorientierte Gymnasien

fördern lernstarke und begabte Schüler besser als bisher. Die Stadtteilschulen bereiten ihre Schüler in den Kernfächern ab Klasse acht gezielt auf ihre weitere Bildungslaufbahn vor. Dabei sind die Chancen der dualen Ausbildung als gleichwertige Alternative zum Studium zu vermitteln. Durch äußere Differenzierung des Unterrichts und einen höheren Gymnasial- und Fachlehreinsatz werden an der Stadtteilschule die leistungsstärkeren Schüler besser auf die Oberstufe vorbereitet. Die Bewertung aller Leistungen, die in die Abiturnote einfließen, wird gerecht und einheitlich an allen Schulen erfolgen. Klassenwiederholungen, die fachlich und pädagogisch begründet sind, werden wieder eingeführt. Schulleiter und Lehrer werden von Verwaltungsaufgaben entlastet. Dazu werden die Schulsekretariate ausgebaut und noch besser qualifiziert, damit sich die Pädagogen auf ihren originären Auftrag konzentrieren können. In Hamburg wollen wir die Lehrerausbildung grundlegend reformieren aber keine Einheitsschullehrer. Deshalb wird das Lehramt für Gymnasien ebenso wie die Lehrämter für Primar- und Sekundarstufe I sowie für Sonderpädagogik beibehalten. Für die herausfordernde Aufgabe der Inklusion schaffen wir Leuchtturmschulen. Diese erhalten die notwendigen Mittel für eine gute Inklusionsarbeit. Erst in einem nächsten Schritt erfolgt ein sukzessiver Ausbau des Netzes an Inklusionsschulen bis 2030. Die Sonderschulen bleiben als gleichwertige Alternative erhalten. Für die Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen (GBS) legen wir ein Konzept mit einheitlichen Qualitätsstandards, einer besseren Verzahnung von Vor- und

Nachmittag und einer Verbesserung des Betreuungsschlüssels vor. Eine stärkere Öffnung des Ganztages für das Angebot der Jugendarbeit, von externen Musik-, Sport- und Kulturangeboten wollen wir erreichen. Das Angebot an auskömmlich finanzierten gebundenen und teilgebundenen Ganztagschulen wird in allen Schulformen gemäß Elternwunsch ausgebaut. Durch die auskömmliche Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft erhält die Weiterentwicklung der Hamburger Schulen auch weiterhin wichtige Impulse. Dies trägt zu einem positiven Wettbewerb bei.

4.4 Integration und Vielfalt gestalten

GEGENWART: In Hamburg leben Menschen aus über 180 Nationen, unsere Weltoffenheit und Vielfalt haben Hamburg stark gemacht in einer zunehmend globalisierten Welt. Hamburg profitiert von den zahlreichen Zuwanderern, die in unserer Stadt heimisch geworden sind und hier friedlich miteinander leben möchten. Viele Menschen, wie die Gruppe der deutschen Spätaussiedler, haben sich vorbildlich integriert. Von der SPD wurden in den letzten Jahren viele gute Integrationsprojekte der CDU-geführten Regierungszeit weitergeführt, die Einbürgerungskampagne wurde ausgebaut. Aber Wichtiges ging verloren: Mentoren-Programme an Schulen, Sprach- und Leseförderung älterer Zuwanderer, aber auch die Unterstützung

für Gründer und Unternehmer mit migrantischen Wurzeln wurden gekürzt oder sogar eingestellt.

ZUKUNFT: Unsere Stadt soll Heimat für alle Hamburgerinnen und Hamburger sein – egal woher sie stammen, welche Hautfarbe sie haben, in welcher Partnerschaft sie leben wollen und welcher Religion sie angehören. Integration beruht auf Gegenseitigkeit und ist eine Querschnittsaufgabe für alle Bereiche der Stadt. Grundlage für Integration ist der Erwerb der deutschen Sprache, deshalb wollen wir die Angebote der bezahlbaren Sprachkurse gezielt für Neuankömmlinge, aber auch bereits länger hier lebende Menschen ausbauen. Im Ausland erworbene Qualifikationen und Diplome müssen schneller anerkannt werden, um dem Mangel an Fachkräften abzuhelpfen. Bei der Integration werden wir verstärkt mit den Migrantenorganisationen und -communities sowie den Verbänden der Aussiedler zusammenarbeiten. Wir werden neue Mentoren-Programme für Schulen auflegen. Erfolgreiche Bürger aus verschiedenen Communities und Herkunftsländern können Vorbilder sein und Schülern von ihrem Weg erzählen und sie so motivieren, Schwierigkeiten zu überwinden und ihren Schulabschluss zu machen. Wir werden künftig die wirtschaftlichen Aspekte der Integration stärken: Migranten leisten als Selbständige und damit als Unternehmer einen immer wichtigeren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs. In Hamburg wie auch in Deutschland insgesamt fehlt es an Gründern und Unternehmensnachfolgern. Hier

sehen wir ein großes Potential unter Zuwanderern. Hamburg braucht auch in Zukunft qualifizierte Zuwanderung, dafür ist eine Strategie für mehr Internationalität und eine Willkommenskultur in allen Bereichen des Wirtschafts-, Sozial- und Bildungswesens unserer Stadt erforderlich. Die Vielfalt der Lebensstile und der gelebten Solidarität in vielfältigen Formen von Familie und Partnerschaft bereichern Hamburg und prägen das liberale Klima unserer Stadt.

4.5 Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz gewährleisten

GEGENWART: In Hamburg steht grundsätzlich eine sehr gute medizinische Infrastruktur zur Verfügung. Defizite in der Versorgung gibt es in einigen Stadtteilen und vor allem für Menschen mit chronischen Erkrankungen. Der derzeitige SPD-Senat hat die jährlichen Krankenhausinvestitionen gegenüber 2010 um rund 25 Prozent zurückgefahren und gefährdet damit Hamburgs bundesweite Spitzenposition als Gesundheitsstandort. Die Anzahl der pflegebedürftigen Hamburger wird in den kommenden 15 Jahren von aktuell rund 47.000 auf 61.000 Menschen ansteigen. Schon jetzt haben die Krankenhäuser, ambulanten Dienste und stationären Pflegeeinrichtungen große Mühe, den wachsenden Bedarf an qualifizierten Pflegekräften zu decken. Die SPD hat das erfolgreiche Konzept „Drogenfreie Kindheit und Jugend“ der CDU-Senate

aufgegeben. Bei Suchthilfe und -forschung wurde gekürzt. Der Konsum von illegalen Drogen, insbesondere von Cannabis bei Jugendlichen, hat wieder zugenommen und die Zahl der Drogentoten steigt wieder an. Der Abbau von Kontrollen im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes hat zu einer geringeren Lebensmittelsicherheit geführt. Für die Kontrolle von 30.000 lebensmittelverarbeitenden Betrieben stehen weniger als 40 ausgebildete Kontrolleure zur Verfügung.

ZUKUNFT: Exzellente Qualität der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Lebensqualität in Hamburg. Die Gesundheitswirtschaft mit ihren rund 130.000 Beschäftigten in mehr als 7.000 Betrieben ist ein wichtiger Faktor für Wohlstand und Beschäftigung in unserer Stadt. Deshalb spielt für uns bei der Gestaltung der Wachsenden Stadt die Gesundheitsmetropole Hamburg eine herausragende Rolle. Wir werden die Gesundheitsinvestitionen wieder ausbauen, für mehr Qualitätsorientierung sorgen und den Austausch von Wissen und Technologie zwischen Forschung und Praxis verbessern. In der ambulanten Versorgung verzichten wir auf eine kleinteilige Bedarfsplanung, die nur mehr Bürokratie, aber keine bessere Versorgung bringt. Stattdessen fordern wir den Ausbau von Praxisnetzwerken und medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und werden auf Sonderzulassungen zurückgreifen, um die Verteilung von Ärzten über die Stadtteile besser zu gewährleisten. Durch

Zusammenarbeit der Ärzte mit der Selbsthilfe und Betroffenengruppen muss die Versorgung chronisch Kranker verbessert werden. In der Pflege unterstützen wir die Anstrengungen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Eine gemeinsame Pflegeausbildung bietet die Chance, noch mehr junge Menschen für die Alten-, Kinder- oder Krankenpflege zu gewinnen. Eine Akademisierung der Pflegeberufe lehnen wir ab, denn die Berufe müssen auch weiterhin für alle Schulabschlüsse offengehalten werden. Die überbordenden Dokumentationspflichten in der Pflege sind im Sinne einer Entbürokratisierung abzubauen, damit wieder mehr Zeit für die Pflegebedürftigen bleibt. Damit auch Menschen mit Pflegebedarf möglichst selbständig in ihrer vertrauten Nachbarschaft leben können, fördern wir einen Mix von stationären und ambulanten Angeboten und insbesondere den Ausbau der Tagespflege in den Stadtteilen. Forderungen nach einer Legalisierung illegaler Drogen erteilen wir eine klare Absage. Wir halten am Leitbild der „Drogenfreien Kindheit und Jugend“ fest und werden Suchtprävention und -forschung, aber auch die Suchtselbsthilfe wieder stärker fördern.

Wir stärken die amtliche Überwachung von Lebensmitteln personell und organisatorisch, erhöhen die Anzahl der Ausbildungsplätze und erleichtern die Qualifizierung von Quereinsteigern für Lebensmittelkontrolleure.

4.6 Das Kindeswohl zählt

GEGENWART: In Hamburg sind Kinder in den vergangenen Jahren immer wieder gewaltsam zu Tode gekommen, die unter staatlicher Obhut/Beobachtung standen. Obwohl der SPD-Senat und die Bezirksämter nach dem ersten Fall im Jahr 2012 Änderungen an den Strukturen vornahmen, kam es im Jahr 2013 zu einem weiteren Todesfall. Ein fataler Fehler des Staates, der nicht wieder gutzumachen ist. Nicht jedes Kind hat das Glück, bei leiblichen Eltern aufwachsen zu können. Gibt der Staat das Wohl von Kindern mittels Adoption in die Obhut anderer Menschen, gelten strenge Auflagen. Zu Recht. Das Adoptionsverfahren orientiert sich einzig und allein am Kindeswohl. Daher kann es für niemanden ein Recht auf Adoption eines Kindes geben.

ZUKUNFT: In Zukunft darf dies nicht mehr passieren. Es darf keine Pseudo-Reformen und -Personalentscheidungen mehr geben. Wir sorgen dafür, dass alle Jugendämter arbeitsfähig sind und mit einer angemessenen Personalausstattung ihrem Schutz- und Wächteramt umfassend nachkommen können. Wir stellen das Wohl der Kinder künftig in den Mittelpunkt jugendamtlicher Entscheidungen, in Zweifelsfällen muss das elterliche Erziehungsrecht bei Entscheidungen der Jugendämter eingeschränkt werden. In Verdachtsfällen wird der Datenschutz ausgesetzt, um Informationen zwischen Ämtern, Staatsanwaltschaft, Gerichten, Schulen, Kitas und

Ärzten auszutauschen. Für einen verbesserten Schutz für Kinder von Drogenabhängigen und Methadonpatienten führen wir flächendeckende Drogenscreenings bei diesen Kindern ein. Nur so können Kindeswohlgefährdungen rechtzeitig erkannt und ausgeschlossen werden. Für Haushalte von Substitutionspatienten, in denen minderjährige Kinder leben, verschärfen wir die Regelungen zur Take-Home-Vergabe von Drogenersatzstoffen. Und wir sorgen dafür, dass immer im Einzelfall entschieden wird, wo es einem Kind vermutlich am Besten gehen wird.

4.7 Flüchtlingen wirksam helfen

GEGENWART: Der SPD-Senat ist mit der Unterbringung von Flüchtlingen in Hamburg offensichtlich überfordert. Er kann die Menschen nicht ausreichend versorgen, einzelne Stadtteile leiden unter der ungerechten Verteilung, weil sie mehr Flüchtlinge aufnehmen müssen als sie verkraften können. Die Folge sind Konflikte und Sicherheitsprobleme, welche die große Hilfsbereitschaft der Hamburger bedrohen.

ZUKUNFT: Wir wollen denen helfen, die unsere Hilfe nötig haben. Die Hamburger sind gastfreundliche Menschen. Als erstes sorgen wir für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen

Stadtteile und beziehen die betroffenen Anwohner durch frühzeitige Information in die Planungen ein. Um die Sicherheitslage in und um die Unterkünfte herum zu verbessern, werden diese sorgsamer belegt und wo nötig besser bewacht. Um den Menschen bei der Integration zu helfen und Konflikte in den Einrichtungen frühzeitig zu entschärfen, werden mehr geschulte Betreuer eingesetzt. Das Asylverfahren wird beschleunigt. Arbeitsaufnahme und Bildung müssen frühzeitiger ermöglicht werden. Während des Asylverfahrens erhalten die Bewerber die Möglichkeit, einer Tätigkeit für das Gemeinwohl nachzugehen. Wir setzen uns für eine bessere Verteilung von Flüchtlingen in ganz Deutschland ein.

4.8 Freiwilliges Engagement

GEGENWART: Rund 460.000 Hamburger engagieren sich freiwillig. Sie übernehmen damit besondere Verantwortung für das Leben in unserer Stadt. Sie schenken anderen Zeit, Aufmerksamkeit und tatkräftige Unterstützung. Dieses bürgerschaftliche Engagement findet in vielen Varianten und Organisationen wie Vereinen, Stiftungen, Kirchengemeinden, Freiwilligendiensten oder Selbsthilfegruppen statt. Unsere Gesellschaft ist auf diesen uneigennütigen Einsatz angewiesen.

ZUKUNFT: Als bürgerliche Partei wissen wir den Wert zu schätzen, den freiwilliges Engagement hat. Um das Ehrenamt weiter zu stärken, werden wir für mehr persönliche und öffentliche Anerkennung der Freiwilligen eintreten. Bürokratische Hürden für die ehrenamtliche Arbeit bauen wir weiter ab. Die Freiwilligenakademie zur Qualifizierung von Engagierten wird dauerhaft gesichert. Um mehr Menschen den Zugang zu passendem Engagement zu ermöglichen, wollen wir die Freiwilligenagenturen dauerhaft finanziell absichern und die Bildung, etwa in Form von Nachbarschaftskontoren, vorantreiben. Erfolgreiche Modelle der generationenübergreifenden und gegenseitig organisierten Hilfen wie „Senioren-genossenschaften“ werden wir auch in Hamburg ermöglichen und fördern.

5. ATTRAKTIVE STADT

5.1 Wachsende Kultur

GEGENWART: Hamburg ist eine Kulturstadt. Die Künstler schaffen Vieles und Einzigartiges. Allerdings müssen viele große und kleine Kultureinrichtungen in Hamburg mit unzureichender Finanzierung kämpfen. Die SPD setzt den Kulturetat herab, indem nicht einmal die Kostensteigerungen ausgeglichen und die Mittel für Investitionen

fast auf null gesenkt werden. Die SPD schmückt sich gerne mit den Künstlern und Kulturschaffenden, unterstützt sie allerdings nicht ausreichend.

ZUKUNFT: Eine wachsende Stadt braucht auch eine wachsende Kultur. Dazu bedarf es des politischen Willens und mehr finanzieller Mittel. Bei allen Kulturinstitutionen (Theater, Museen, Orchester, Stadtteilkultur etc.) werden Tarifsteigerungen ausgeglichen. Die Einnahmen aus der Kulturtaxe werden zu 100 Prozent für Kulturprojekte ausgegeben und die Kultur spielt eine größere Rolle bei Stadtmarketing und Tourismus. Wir wollen mit dem Bau eines Deutschen Hafensemuseums – ähnlich zur Völklinger Hütte im Saarland oder zur Zeche Zollverein in Essen – der Bedeutung des Hafens und der Arbeit für Hamburg gerecht werden und damit einen neuen Besuchermagneten schaffen. Bei städtebaulichen Großprojekten, wie z.B. der Neuen Mitte Altona, müssen bei der Sicherung von Gebäude-Altsubstanz Räumlichkeiten im Zugriff der Stadt verbleiben. Diese können an Clubs, Projekte der „Freien Szene“ und der Kreativwirtschaft kostengünstig vermietet werden. Dadurch stärken wir auch die Stadtteilkultur. Die Vermittlung von kulturellen Inhalten und die eigene Auseinandersetzung mit Kunst wird durch Einführung eines „Kulturführerscheins“ in allen Schulen gestärkt. Die kulturellen Angebote unserer Stadt, die Konzepte „Musikstadt Hamburg“ und „Kinder- und Jugendkultur“ entwickeln wir zu einem „Masterplan Kulturmetropole Hamburg“ weiter.

5.2 Hamburg als internationale Tourismus-Metropole

GEGENWART: Unter dem CDU-Leitbild der „Wachsenden Stadt“ hat sich Hamburg von einer norddeutschen zu einer internationalen Tourismus-, Kultur- und Einkaufsmetropole entwickelt und ist die zehntgrößte Reisemetropole Europas geworden. Besonders wichtig war es, Hamburg für den zukunftssträchtigen Kreuzfahrttourismus zu erschließen. Die Anzahl der Touristen hat sich verdoppelt und damit auch die Zahl der Übernachtungen. Die Hotel-, Einzelhandels- und Gastronomieumsätze sind dementsprechend ebenfalls gestiegen. Dadurch sind auch viele neue Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen worden.

ZUKUNFT: Damit der bestehende Trend aufrechterhalten bleibt, ist es wichtig, nicht wieder in „Klein-Klein“ und Provinzialität zu verfallen, sondern Hamburgs Rolle als internationale Metropole herauszustellen. Durch mehr Qualität gilt es, mehr internationale Touristen nach Hamburg zu locken und deren Aufenthaltsdauer in Hamburg zu verlängern. Dazu müssen insbesondere die Spitzenkulturangebote intensiver beworben werden. Zudem sind weitere Attraktionen von internationalem Rang zu schaffen, wie das „Deutsche Hafenumuseum“. 1A-Standort kann man nur mit 1A-Attraktionen und mehr 1A-Hotels werden. Hierfür muss Hamburg den internationalen Hoteliers geeignete Standorte anbieten. Das

Bewusstsein für die Bedeutung von publikumswirksamen Angeboten in den Bereichen Kultur, Sport und Ereignissen, die es andernorts nicht gibt, muss nach innen verstärkt werden, damit es nach außen leuchtet. Um die touristische Attraktivität der Innenstadt zu stärken, werden flächendeckende und kostenlose Hotspots eingerichtet.

5.3 Breitensport fördern und Olympia nach Hamburg holen

GEGENWART: Hamburg ist sportbegeistert. Fast 500.000 Hamburgerinnen und Hamburger treiben regelmäßig Sport, davon viele in den rund 800 Vereinen, die mit unschätzbarem ehrenamtlichen Engagement geführt werden. Allerdings sind viele der vorhandenen Sportstätten in keinem befriedigenden Zustand. Hamburg hat die Chance, sich für die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele des Jahres 2024 oder 2028 zu bewerben. Ob wir diese Chance nutzen können, hängt von der Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbunds und der Begeisterung der Hamburger für eine Olympiabewerbung ab.

ZUKUNFT: Olympische Spiele bieten der ausrichtenden Stadt allergrößte Chancen, weltweit auf sich aufmerksam zu machen und wichtige Impulse für die zukünftige Entwicklung der Stadt zu bekommen. Dies wollen wir nutzen und werden daher eine

Bewerbung Hamburgs um die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele für das Jahr 2024 oder 2028 entschlossen unterstützen. Bei der möglichen Bewerbung kann sich unsere Stadt als lebens- und liebenswerte Metropole am Wasser präsentieren. Wir setzen bei einer Bewerbung auf nachhaltige Spiele. Sportstätten müssen so dimensioniert sein, dass sie auch nach den Spielen genutzt werden. Ist dies nicht der Fall, werden sie zurückgebaut. Um eine möglichst breite Unterstützung der Hamburger zu erreichen, setzen wir auf eine frühzeitige Beteiligung der Bürger an den Planungen für die Bewerbung. Unabhängig von der Olympiabewerbung werden wir in einem Sportwirtschaftsbericht Zwischenbilanz zur „Dekadenstrategie Sport“ ziehen. In der Sportentwicklung wollen wir zukünftig verstärkt auf kleinere, flexibel und funktional nutzbare Sportanlagen setzen und Sporträume ausbauen z.B. durch gezielte Umwidmung von Anlagen in ehemaligen Bundeswehrstandorten. Wir werden für die weitere Modernisierung und Sanierung der von Vereinen und Bezirken bewirtschafteten Sportstätten sorgen. Wir verbessern die Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Schulen und Sportvereinen bei der Umsetzung und den Auswirkungen der ganztägigen Betreuung in den Schulen. Dazu werden Schul- und Vereinssportstätten gemeinsam geplant. Wir setzen uns dafür ein, dass der Behindertensport nicht nur während der Paralympischen Spiele, sondern alltäglich mehr Beachtung und Bedeutung erhält.

6. BÜRGERFREUNDLICHE VERWALTUNG

6.1 Die lokale Ebene stärken, kundenfreundliche und bürgernahe Bezirksämter

GEGENWART: Der planlose Personalabbau durch den SPD-Senat in den Bezirksämtern führt zur Schließung bürgernahe Einrichtungen und für den Bürger zu längeren Wartezeiten. Die Bezirksversammlungen als kompetente demokratische Ebene vor Ort werden zu oft übergangen und in wichtigen Angelegenheiten, wie z.B. bei der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften, völlig unzureichend beteiligt.

ZUKUNFT: Wir werden Entscheidungen auf die Ebenen bringen, die sie am besten treffen können. Auf Bezirksebene sind dies die Bezirksversammlungen, die mit Bürgern besetzt sind, die vor Ort leben und wissen, welche Änderungen notwendig sind. Wir wollen die Bezirke mit den finanziellen Mitteln ausstatten, die sie benötigen, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir stellen den Bezirksämtern das notwendige Personal, damit sie ihre wichtigen Aufgaben verlässlich und kundenfreundlich erledigen können und sich die Wartezeiten für die Bürger reduzieren. Wo möglich, wird unnötige Bürokratie beseitigt.

6.2 Bürger an der Gestaltung der Stadt beteiligen

GEGENWART: Die Hamburgerinnen und Hamburger haben großes Interesse an den Entwicklungen in ihrer Stadt und ihrem direkten Umfeld. Sie möchten ihre Ideen einbringen und aktiv mitgestalten. Nicht nur der Umgang mit den Bürgern beim so genannten Busbeschleunigungsprogramm hat gezeigt, dass die SPD dieses bürgerschaftliche Engagement nicht ernst genommen hat und den Bürgerwillen zu oft ignoriert.

ZUKUNFT: Wir werden für mehr und frühzeitige Bürgerbeteiligung sorgen. Bei der Entwicklung größerer Infrastrukturvorhaben legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf Transparenz und Mitwirkung. Anlieger werden systematisch und frühzeitig z.B. über Planungswerkstätten beteiligt. Ideen werden aufgegriffen, beispielsweise bei Streckengestaltungen oder Fragen der Stadtentwicklung, und nach Möglichkeit in die Planungen integriert. Den Regionalausschüssen kommt hierbei als Schnittstelle zwischen den Menschen in den Stadtteilen und den Bezirksversammlungen eine besondere Bedeutung zu.

6.3 Den öffentlichen Dienst attraktiver gestalten

GEGENWART: Hamburgs öffentlicher Dienst ist teilweise geprägt von pauschalen Einsparungen und einer ungesteuerten Personalreduzierung durch eine falsche Personalpolitik des SPD-Senats. Das demotiviert viele Mitarbeiter. Eine Aufgabenkritik findet nicht statt, so dass Service und Dienstleistungen für den Bürger gefährdet werden. Guter Nachwuchs fehlt, wenn die Stadt kein guter Arbeitgeber ist.

ZUKUNFT: Die öffentliche Verwaltung muss ihre Aufgaben für die Hamburger zuverlässig, zügig und serviceorientiert wahrnehmen können. Die Servicestellen der Ämter müssen gut erreichbar sein und das Online-Angebot bürgerfreundlich als 24-Stunden-7-Tage-Service ausgebaut werden. Die länderübergreifende Kooperation muss intensiviert und Aufgaben- und Prozesskritik müssen pauschale Einsparverpflichtungen ablösen. Die Mitarbeiter werden besser motiviert, weil die Stadt wieder ein guter Arbeitgeber wird.

6.4 Hamburgs Einheit bewahren

GEGENWART: Eine kleine Interessengruppe von „Mehr Demokratie“ versucht derzeit, die gewachsene Einheit Hamburgs aufzulösen. Aus

den sieben Hamburger Bezirken sollen 23 Kleinstädte werden. Der Stadtstaat Hamburg würde damit de facto aufgelöst. Im Rahmen eines Volksentscheids sollen die Hamburger diesen Irrsinn legitimieren.

ZUKUNFT: Hamburg ist einzigartig, unsere Stadt gehört zusammen. Wir lassen nicht zu, dass unsere Stadt in 23 Teile zerlegt wird, die sich gegenseitig blockieren. Das würde für mehr Bürokratie statt mehr Demokratie sorgen. Wir brauchen nicht mehr Kleinstaaterei, sondern mehr Zusammenarbeit in Hamburg und im ganzen Norden.

**Deshalb am 15. Februar 2015:
Mit allen Stimmen CDU wählen!**

PERSÖNLICHE NOTIZEN

PERSÖNLICHE NOTIZEN

PERSÖNLICHE NOTIZEN

CDU Landesverband Hamburg

Leinpfad 74
22299 Hamburg

Telefon: (040) 468 54 – 800

Telefax: (040) 468 54 – 900

E-Mail: info@cduhamburg.de

www.cduhamburg.de



HAMBURG KANN MEHR



CDU